

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

April 2006



## Wenn Schutzsuche direkt ins Risiko führt

Arbeitslosigkeit belastet nicht nur diejenigen, die ihren Arbeitsplatz bereits verloren haben. Wenn in einem Land die Zahl der Arbeitslosen hartnäckig hoch bleibt oder sogar steigt, dann verbreiten sich Sorge und Unsicherheit auch bei denen, die noch Arbeit haben. In solchen Zeiten wird der Wunsch nach einer gewissen zeitlichen Mindestsicherung des Beschäftigungsverhältnisses verständlich. So ist es nicht verwunderlich, dass der Kündigungsschutz vielen Arbeitnehmern als wichtiges Element der sozialen Sicherheit gilt. Entsprechend hartnäckig werden die Bestimmungen des Kündigungsschutzes von den Gewerkschaften, aber auch von den beiden Volksparteien, insbesondere von den Sozialdemokraten, verteidigt.

Was den einzelnen Beschäftigten vermeintlich vor dem Verlust seines Arbeitsplatzes schützt, schmälert zugleich die Chancen auf mehr Arbeitsplätze. Je schwieriger es für ein Unternehmen ist, sich bei schlechter werdender Absatzlage von Arbeitnehmern zu trennen, umso zögerlicher wird dieses Unternehmen bei anziehender Konjunktur mit Neueinstellungen reagieren. Der Schutz erweist sich als Beschäftigungshemmnis. Die große Koalition will wenigstens etwas von diesem Hemmnis abbauen. Doch dabei hat sie sich verheddert: Bei Neueinstellungen dürfen Arbeitgeber die Probezeit zwar von sechs Monaten auf zwei Jahre verlängern; dafür entfällt aber die Möglichkeit, Arbeitsverträge ohne Grund zu befristen.

Das wird niemandem helfen. Nicht den Arbeitgebern, die Flexibilität brauchen. Und nicht den Arbeitnehmern, die nach sicheren Arbeitsplätzen suchen. Was tun? Am besten wäre es, die Arbeitnehmer entscheiden zu lassen. Sie könnten sich den Kündigungsschutz durch eine Abfindungsregelung im Arbeitsvertrag abkaufen lassen. Geld gegen Bleiberecht. Das wäre eine Lösung des Problems über den Markt: in Eigenverantwortung und in Wahlfreiheit.

*Hans D. Barbier*

## Subventionen

Mitte März wurde im Bundeskabinett der „Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2003 bis 2006“ – kurz: der 20. Subventionsbericht – verabschiedet. Besonders bemerkenswert: Finanzhilfen soll es in Zukunft nur noch ausnahmsweise, zeitlich befristet und mit jährlich sinkenden Geldbeträgen geben; Steuer-Subventionen sollen abgeschafft oder in Finanzhilfen umgewandelt werden, damit die staatliche Subventionierung transparenter wird.

Soweit die Absichten. Die Umsetzung wird schwieriger sein. In der Vergangenheit wurden ähnliche Bekenntnisse aufgestellt und nicht erfüllt. Einige Subventionen wurden abgebaut: Die Eigenheimzulage läuft aus, kleinere Steuervergünstigungen wur-

den gestrichen. Aber durch das „Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung“ der Bundesregierung wurden auch neue Staatshilfen geschaffen, zum Beispiel Steuervergünstigungen für Handwerkerleistungen und ein Wärmedämmprogramm zu Gunsten der Bauwirtschaft.

[www.bundesfinanzministerium.de/](http://www.bundesfinanzministerium.de/)

## Finanzkontrolle

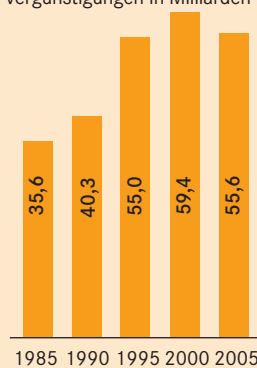
Durch eine Regelung im „Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit“ haben Finanzbehörden seit 1. April 2005 das Recht, Angaben eines Steuerpflichtigen mit „angemessenem Aufwand zielgerichtet“ zu prüfen: Durch eine Kontenabfrage kann nach Konten und Depots geforscht werden, die Steuerzahler in ihrer Steuererklärung verschwiegen haben.

Die Finanzbehörden haben im Jahr 2005 regen Gebrauch von diesem Recht gemacht: Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat im vergangenen Jahr 62 410 Mal nach verheimlichten Konten gesucht.

Noch ist das Verfahren zur Kontenabfrage umständlich. Schöpft ein Finanzbeamter Verdacht, ein Steuerzahler könnte neben bereits bekannten weiteren Bankverbindungen haben, kann er eine Kontenabfrage starten. Das Abfrageformular geht per Post an das Bundeszentralamt für

## Subventionen

Finanzhilfen und Steuer-  
vergünstigungen in Milliarden €



Quelle: Bundesmin. der Finanzen

Steuern. Das wiederum leitet die Anfrage elektronisch an die BaFin weiter. Diese fahndet dann in den Rechenzentren der Geldhäuser nach dem vermeintlichen Steuersünder.

Der Betroffene wird informiert, damit die Rechtmäßigkeit jedes Kontenabrufs gerichtlich überprüft werden kann. Das Finanzamt erfährt nur, bei welchem Kreditinstitut ein bestimmter Steuerpflichtiger Konten oder Depots unterhält. Es erhält keine Informationen über Kontenstände oder -bewegungen.

Vermutlich werden die Finanzbehörden künftig mehr als bisher nach verheimlichten Konten fahnden: Die Abfragen sollen im Spätsommer 2006 vollständig auf elektronische Basis gestellt werden.

<http://dip.bundestag.de/btd/16/007/1600774.pdf>

### Lebensmittelpreise

Die Haushalte in Deutschland geben für Nahrungsmittel – im Verhältnis zum Einkommen – so wenig Geld aus wie nie zuvor. Ein Haushalt gab im Jahr 2005 durchschnittlich 11,7 Prozent des Einkommens für Essen und Trinken aus. 1980 waren es noch 16,7 Prozent, und vor 50 Jahren musste dafür sogar fast die Hälfte des Einkommens ausgegeben werden.

Nach Angaben der EU-Kommission müssen deutsche und spanische Verbraucher im Vergleich zu den Verbrauchern in anderen „alten“ EU-Mitgliedstaaten am wenigsten für Lebensmittel aufwenden; am teuersten sind Nahrungsmittel in Irland.

[www.bauernverband.de/aktuelle\\_meldungen\\_2880.html](http://www.bauernverband.de/aktuelle_meldungen_2880.html)

## Kindergartenbesuch zum Nulltarif?

Die Bundesregierung möchte einen gebührenfreien Kindergartenbesuch ermöglichen. Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD vereinbart, gemeinsam mit den Bundesländern nach Wegen zu suchen, zumindest das letzte Kindergartenjahr bundesweit kostenlos anzubieten.

Für den gebührenfreien Kindergartenbesuch werden zwei Gründe angeführt: Zum einen erhofft sich die Politik durch die gebührenfreie Kinderbetreuung eine steigende Geburtenrate. Zum anderen soll die frühkindliche Bildung verbessert werden.

### Kostenlos heißt nicht „umsonst“

Kostenlose Kindergartenplätze: Das bedeutet nicht, dass Kindergärten nichts kosten, sondern dass die Eltern nichts für die Kinderbetreuung bezahlen sollen. Aber der Staat hat kein eigenes Geld. Er muss die zur Finanzierung nötigen Mittel von seinen Bürgern in Form von Steuern oder sonstigen Abgaben erheben. Im Fall eines kostenlosen Kindergartenbesuchs hieße das: Jährlich müssten etwa zwei bis drei Milliarden € aufgebracht werden, wenn allen Eltern die Kindergartengebühren erlassen werden sollen.

Die Absichten der Bundesregierung sind nicht ohne weiteres umzusetzen. Die Kinderbetreuung wird von Ländern und Gemeinden organisiert und finanziert. Den Finanzministern der Länder und den Stadtkämmerern fehlt aber bereits jetzt das Geld zur Erfüllung vieler ihrer Aufgaben.

Auch bei den Kindergärten macht sich diese Finanzknappheit bemerkbar. In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und

Hamburg müssen die Eltern mehr für die Kinderbetreuung ausgeben: Die Kindergartengebühren wurden angehoben, weil Geld in den öffentlichen Kassen fehlt. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat im laufenden Jahr ihre Zuschüsse für die Kindergärten um 150 Millionen € gekürzt. Ähnliches ist in anderen Bundesländern längst geschehen, und in den kommenden Jahren werden weitere Einsparungen nötig sein.

Solche Kürzungen sind durchaus verständlich, weil der Staat für den Bereich „Kinder und Familien“ viel aufwendet. Es gibt Kindergeld, Erziehungsgeld, Baukindergeld, Erziehungszeiten, die bei der Rente berücksichtigt werden, und anderes mehr. Laut Bundesfinanzministerium geben Bund, Länder und Gemeinden derzeit

rund 100 Milliarden € für die Familienpolitik aus. 85 Milliarden € davon lassen sich direkt der „Kinderförderung“ zurechnen. Am Institut für Weltwirtschaft in Kiel wurde ausgerechnet, dass der Staat mit all seinen familienpolitischen Leistungen den Familien inzwischen rund ein Viertel der Kosten für die Kindererziehung abnimmt.

### Steigende Hilfen, sinkende Geburtenrate

Seit 1992 sind die familienpolitischen Leistungen des Staates um 40 Milliarden € gestiegen. In diesem Zeitraum ist die Zahl der „Eltern-Kind-Gemeinschaften“ – so heißen Familien, Lebensgemeinschaften sowie Alleinerziehende mit Kind oder Kindern in der Fachsprache der Statistiker – um rund 600 000 auf 12,5 Millionen gesunken.

	Geburten		
	Deutschland	früheres Bundesgebiet	DDR/ neue Länder
1950	1 116 701	812 835	303 866
1955	1 113 408	820 128	293 280
1960	1 261 614	968 629	292 985
1965	1 325 386	1 044 328	281 058
1970	1 047 737	810 808	236 929
1975	782 310	600 512	181 798
1980	865 789	620 657	245 132
1985	813 803	586 155	227 648
1990	905 675	727 199	178 476
1995	765 221	681 374	83 847
2000	766 999	655 732	111 267
2005*	685 000	-	-

\* geschätzt  
Quelle: Statistisches Bundesamt



„Die Politiker müssen zur Kinderfreundlichkeit beitragen. Ich fordere sie auf: Habt den Mut zu neuen Prioritäten! Senkt die Kita-Gebühren – oder noch besser: Schafft sie ganz ab!“  
 Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

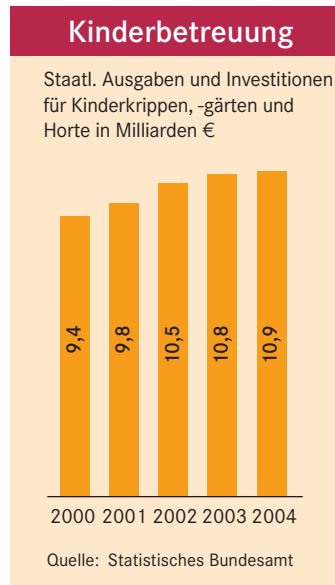
Dieser Sachverhalt ist ernüchternd: 2005 wurden schätzungsweise 685 000 Kinder geboren. Das war die geringste Geburtenzahl in den vergangenen 60 Jahren. Deutschland hat damit die niedrigste Geburtenrate weltweit.

2005 ist aber das Jahr mit den bislang höchsten Aufwendungen für Familien seit Gründung der Bundesrepublik. Hohe staatliche Ausgaben erhöhen die Geburtenrate offensichtlich nicht. Ein Blick ins Ausland bestätigt diesen Befund: Frankreich gibt pro Kopf der Bevölkerung weniger zur Förderung von Kindern und Familien aus als Deutschland und hat trotzdem die zweithöchste Geburtenrate in Europa.

### Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Wird bei Frauen nach dem Grund ihrer Kinderlosigkeit gefragt, zeigt sich, dass häufig nicht das Geld, sondern die Möglichkeit zur Kinderbetreuung fehlt. Eine Untersuchung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat ergeben, dass rund 1,5 Millionen Mütter gern mehr arbeiten würden, aber keinen Betreuungsplatz für ihre Kinder finden. Die Erfahrung dieser Mütter hat sich offenkundig herumgesprochen. Sie vor allem bewirkt, dass weniger Kinder geboren werden.

Für den Staat – zumal für den Bund – ist es nicht leicht, hier Abhilfe zu schaffen. Die Nachfrage nach Kinderbetreuung schwankt je nach Region. In ländlichen Gebieten ist sie geringer als in Bal-



lungsgebieten. Deshalb werden an einigen Orten Kindergärten geschlossen, während sie an anderen Orten, vor allem in Großstädten, fehlen.

Seit 1998 besteht in Deutschland für jedes Kind ab drei Jahren Anspruch auf einen Kindergartenplatz mit einer vierstündigen Betreuung. Auch das hatte keinen Einfluss auf die Geburtenrate, weil auch hier die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung unzureichend berücksichtigt wird: Bis ein Kind drei Jahre alt ist, muss ein Elternteil die Berufstätigkeit einschränken oder aufgeben. Besonders Arbeitnehmer mit hoher Qualifikation fürchten einen beruflichen Abstieg und verzichten deshalb auf Kinder. Die Aufhebung der Gebühren für den Kindergartenbesuch wird daran nichts ändern.

### Bildungsstätte Kindergarten

Die aktuellen Probleme im Bereich der schulischen Bildung verlangen ultimativ,

dass der Bildungsauftrag schon in den Kindergärten wahrgenommen wird. Voraussetzung dafür ist, dass möglichst viele Kinder den Kindergarten besuchen. Die Situation heute ist jedoch, dass schätzungsweise ein Drittel aller Kinder aus niedrigen Einkommenschichten nicht in den Kindergarten gehen, darunter besonders viele Migrantenkinder. In ihrer Schullaufbahn sind diese Kinder wegen mangelnder Sprachkenntnisse benachteiligt. Sie kompensieren das oftmals durch körperlichen Einsatz und Gewalt gegen Mitschüler und Lehrer.

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Betreuungskosten dürfen Eltern nicht davon abhalten, den Kindern den Besuch eines Kindergartens und eine gute Förderung zu ermöglichen.“ Die Anforderung, auch Kinder einkommenschwacher Eltern im Kindergarten zu fördern, wird zur Zeit aber bereits durch sozial gestaffelte Kindergartengebühren erfüllt. Wer wenig verdient, zahlt nur eine geringe oder gar keine Gebühr.

### Mehr Qualität statt mehr Quantität

Es ist deshalb nicht zu erwarten, dass die Abschaffung der

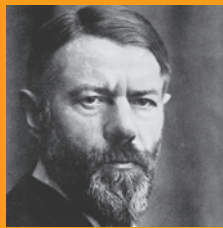
Kindergartengebühren zu einem stärkeren Kindergartenbesuch durch Kinder von Einkommenschwachen oder Migrantenfamilien führt. Das Problem liegt vielmehr in der mangelnden Attraktivität der Kindergärten für diesen Personenkreis.

Etwas anderes kommt hinzu: Wenn Kinder im Kindergarten für das Schulleben „fit gemacht“ werden sollen, müssen die Kindergärten über entsprechend qualifiziertes Personal und Ausstattung verfügen. Laut Kinder- und Jugendbericht 2005 der Bundesregierung bestehen hier jedoch große Mängel.

Der Bericht bewertet die „gegebene pädagogische Qualität in den Einrichtungen“ als unbefriedigend. Er sagt, mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und der daraus erfolgten Zunahme der Kindergartenplätze in den neunziger Jahren „ging eine Lockerung kostenträchtiger Qualitätsstandards einher“. Die Länder und Gemeinden haben zugunsten der Quantität auf Qualität verzichtet. Demnach gilt es, mehr als bisher auf die Ausbildung des Kindergartenpersonals und die Lerninhalte zu achten.

Geplante Direktzahlungen in Milliarden €			
	2006	2007	2008
Kindergeld	34,60	34,60	34,60
Kinderzulagen bei Eigenheim	3,01	2,36	1,92
Erziehungsgeld*	2,83	2,80	2,78
Gesamt	40,44	39,76	39,30

\* ab 2007 „Elterngeld“  
 Quelle: Bundesministerium der Finanzen/Bundestags-Drucksache 16/677

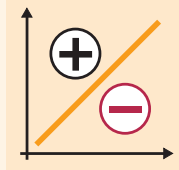


„Man kann sagen, dass drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für die Politiker: Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß.“  
Max Weber

# IM KLARTEXT

April 2006

## INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im April 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung



Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes haben im Jahr 2005 rund 559 200 Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen; das sind 2,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit setzt sich der seit dem Jahr 2000 anhaltende Abwärtstrend fort. Trotzdem werten Bundesregierung und Wirtschaft den so genannten „Ausbildungspakt“ als Erfolg und wollen ihn um drei Jahre verlängern.

Gegenüber dem Jahr 2000 gab es 2005 rund zehn Prozent weniger neue Ausbildungsverträge mit Schulabgängern, aber rund drei Prozent mehr Absol-

venten von allgemeinbildenden Schulen. Standen im Jahr 2000 rein rechnerisch 100 Schulabgängern noch 66 Ausbildungsanfänger gegenüber, waren es 2005 nur noch 58, die einen Ausbildungsplatz erhielten. Insgesamt sind zur Zeit rund 1,55 Millionen Jugendliche in einer Berufsausbildung.

### Geldwertstabilität

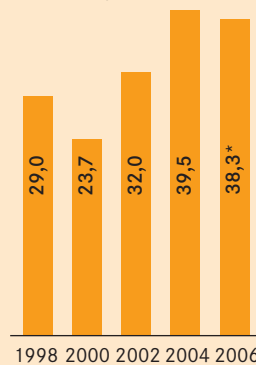


Bundesfinanzminister Peer Steinbrück plant, die Neuverschuldung des Bundes bis zum Jahr 2009 auf 20 Milliarden € zu drücken. In diesem Jahr rechnet er noch mit rund 38 Milliarden € neuen Schulden – dies aber nur, wenn das von der Bundesregierung im März verabschiedete Wachstumsprogramm über 25 Milliarden € genügend Wirkung entfaltet und 2006 so viel Steuern eingenommen werden wie prognostiziert.

Der Bundesfinanzminister will dann 2007 einen Haushalt vorlegen, mit dem zumindest die Defizitgrenze des EU-Stabilitätspakts von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes eingehalten wird. Auf jeden Fall wird Deutschland diese

### Neuverschuldung

des Bundes, in Milliarden €



\* geplant  
Quelle: Bundesmin. der Finanzen

Grenze 2006 zum fünften Mal in Folge verfehlen.

Abgesehen davon hat die Bundesregierung wohl das Ziel aufgegeben, ohne Neuverschuldung auszukommen. Der Amtsvorgänger von Steinbrück hatte einst angekündigt, 2006 werde Schluss mit jeglicher Neuverschuldung sein.

### Eigenverantwortung



Die rund 20 Millionen Rentner in Deutschland müssen nach drei Renten-Nullrunden in Folge auch im nächsten und übernächsten Jahr auf steigende

Renten verzichten: Der Rentenversicherungsbericht 2005 der Bundesregierung sieht bis einschließlich 2008 keine Rentenerhöhungen vor. In den Jahren danach sind zumindest kleinere Erhöhungen nicht ausgeschlossen.

Einkommenszuwächse im Alter wird es künftig wohl nur noch für diejenigen geben, die auf eine zusätzliche eigenständige Altersvorsorge setzen. Einer Umfrage der Postbank zu Folge haben Berufstätige konkrete Vorstellungen, wie hoch ihre Rente sein sollte: Im Durchschnitt aller Befragten ergibt sich ein wünschenswertes Alterseinkommen von knapp 2 100 € im Monat.

### Finanzpolster

Auf die Frage „Wie viel Geld werden Sie im Ruhestand benötigen?“ antworteten von den Befragten:

bis 1 499 €	17 %
1 500 € bis 1 999 €	25 %
2 000 € bis 2 499 €	23 %
2 500 € bis 2 999 €	10 %
3 000 € bis 3 499 €	4 %
3 500 € und mehr	4 %
keine Vorstellungen	17 %

Quelle: Postbank

### Ausbildungsplätze

	Anzahl	Änderung zu 2004
Industrie/Handel	319 100	-0,1 %
Handwerk	162 900	-4,8 %
Freie Berufe	43 100	-4,6 %
Landwirtschaft	15 400	-1,7 %
Öffentl. Dienst	14 000	-9,0 %
Hauswirtschaft	4 300	-12,1 %
Seeschifffahrt	300	42,7 %
Gesamt	559 200	-2,2 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance / akg-images / dpa  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*himmler*